

Die Kriegsverlängerer an der Arbeit.

Die „Anfrage“ des amerikanischen Genossenschaftsführers. — Die Führer der russischen Demokratie und der Friedensgedanke.

Petersburg, 20. April. (Petersburger Tel.-Ag.)

Der Sozialist Mener, Mitglied des amerikanischen Kongresses, hat an das Dummmitglied Tschaidse, Präsidenten des Rates der Arbeiter- und Soldatendelegierten, folgendes Telegramm gerichtet:

„Als einziger sozialistischer Abgeordneter des amerikanischen Kongresses bitte ich Sie, die uns beunruhigenden Gerüchte, daß die russischen Sozialisten einen Sonderfrieden mit Deutschland begünstigen, kategorisch zu dementieren.“

Der Vollzugsausschuß des Rates der Arbeiter- und Soldatendelegierten hat Meyer folgende Antwort gesandt:

„Wie in dem Aufrufe des Rates der Arbeiter- und Soldatendelegierten in Petersburg an die Völker der Welt und in dem Beschluß des allgemeinen Kongresses der Räte der Arbeiter- und Soldatendelegierten erklärt worden ist, strebt die ganze russische revolutionäre Demokratie keinen Sonderfrieden an, sondern sie will einen internationalen Frieden ohne Annexionen und ohne wirkliche oder verschleierte Kriegsentwöhnungen auf der Grundlage der freien Entwicklung der Nationen und ist der Ansicht, daß das Proletariat aller Länder sich bemühen müsse, einen Frieden auf den genannten Grundlagen so rasch als möglich durchzusetzen.“

Im Laurischen Palast hat eine Beratung von Abgeordneten der ganzen 6. und von Teilen der 4., 5., 7., 8. und 12. Armee sowie der ersten Grenadierdivision unter Teilnahme von Vertretern des Vollzugsausschusses der Arbeiter und Soldaten stattgefunden. Die Abgeordneten stellten u. a. die Frage, ob der Rat der Arbeiter- und Soldatendelegierten in Petersburg in Wahrheit für den Sonderfrieden sei. Der Vertreter des Rates Sokolow antwortete, der Rat wisse jeden Gedanken an einen Sonderfrieden zurück.

London, 21. April.

Neuter meldet aus Petersburg: Das Komitee der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten hat endgültig bekanntgegeben, daß es die Idee eines Sonderfriedens zurückweise.

Bekanntlich war der gestürzte Zar bereits dem Gedanken eines Sonderfriedens zugeneigt, weshalb er in aller Eile von den verbündeten Regierungen gestürzt wurde. Nun aber weist die „ganze russische revolutionäre Demokratie“, und zwar leider nicht nur die „bürgerliche“ Demokratie der Miljutow-Leute, sondern gerade der sozialdemokratische und sozialrevolutionäre „Rat der Arbeiter und Soldaten“, in ihrer Antwort an den amerikanischen Genossenschaftsführer Meyer (1) und durch den Sprecher Sokolow an die Abordnung der Armee „jeden Gedanken an einen Sonderfrieden zurück!“ Was mag sich die friedenssehnsüchtige Bevölkerung Rußlands über eine solche Kriegspolitik ihrer „Befreier“ wohl denken! Da ist ja das Volk durch den Umsturz vom Regen in die Traufe gekommen.

Die Zurückweisung des Sonderfriedensgedankens durch die Sokolow und Genossen bedeutet, daß die russischen Völker, obwohl sie von den Mittelmächten sofort einen für beide Teile annehmbaren Frieden haben könnten, trotzdem weiterkämpfen und weitere Opfer an Gut und Blut bringen müssen, solange es die Regierungen in London, Paris und Washington wünschen!

Läßt sich eine friedensfeindlichere, Rußland mehr erniedrigende Politik denken, als die, welche in der Formel Sokolows und der Petersburger demokratischen Machthaber enthalten ist? Das demokratisch gewordene Rußland möchte Frieden haben und könnte den Frieden sofort haben, aber die demokratischen Führer lassen diesen Frieden, den das Volk heiß ersehnt, nicht Wirklichkeit werden, weil die Plutokratie des Westens und Amerikas und ihre sozialistischen Handlanger und Agenten die Fortsetzung des Krieges befehlen! Dem russischen Volk sagt man, es gelte jetzt nicht nur den Frieden für Rußland, sondern für die ganze Welt, einen „internationalen Frieden“ zu erkämpfen. Als ob die russischen Völker ein Interesse daran hätten, nach den ungeheuren Blutopfern dreier Kriegsjahre den eigenen Frieden zu vertagen und weiterzukämpfen, bis es auch den Briten und Franzosen, den Italienern und Amerikanern, die sich ohne jeden Anlaß in der unwilligsten Weise aus schäblichster Deutegier und Spekulation in das Kriegsabenteuer gestürzt haben, genehm ist, Frieden zu schließen. Und angesichts solcher Ungehörlichkeiten will man den Völkern einreden, daß die Demokratie und der Sozialismus den ewigen Frieden bedeute!

Wie lange wohl sich die russischen Völker zu der Rolle verstehen werden, die ihnen da zugemutet wird?

Ein Werts für die „Provisorischen“.

Bern, 20. April.

In einem Artikel über das Verhältnis Rußlands zum Verband und die Notwendigkeit der Durchführung innerer Reformen wirft das „Berne Tagblatt“ die ernste Frage auf, ob Rußland nur noch daran denken dürfe, seine eigenen Völker in fremdem Interesse, im Interesse Englands, Frankreichs und Italiens weiter zu opfern, und erklärt, dies wäre ein Wahnsinn seitens Rußlands. Der Vorwurf, der Rußland gemacht werden wird, wenn es einen eigenen Frieden abschließt, ist nichts gegen die Verantwortung, die es durch die Fortführung des Krieges auf sich laden würde. Es ist zu hoffen, daß die pro-

visorische Regierung gezwungen wird, im Sinne des Landes und nicht in dem des Verbandes zu wirken. Ist aber die provisorische Regierung nur ein Hindernis für die freie Entwicklung der Selbstbestimmung Rußlands, dann muß sie ebenso entfernt werden wie das alte Regime.

Warum der Krieg ausbrach und warum er weitergeht.

Ein aufrichtiger Brit.

Berlin, 21. April. (Wolffsches Bur.)

Interessante Einzelheiten über die Rede des englischen Parlamentsmitgliedes F. W. Jowett auf der diesjährigen Konferenz der unabhängigen Arbeiterpartei werden durch den „Manchester Guardian“ veröffentlicht. Jowett sagte unter anderem: Wenn sich in den Jahren vor dem Kriege die englische Regierung ebenso bemüht hätte wie Wilson, die Nation über die Angelegenheiten des Staates unterrichtet zu halten, wären wir niemals an die jetzt gestürzte russische Regierung gebunden gewesen. Hätte dieses Band nicht bestanden, wäre die bestechliche russische Regierung schon lange in den Staub gesunken. Ihre nunmehrige Vernichtung rechtfertigt aber den Krieg nicht. **Anendliche Menschenleben wären erspart worden, wenn wir die Anleihen, die wir Rußland gegen die Wünsche der Führer des russischen Volkes vor 8 Jahren gemacht haben, Rußland vorenthalten hätten.** Dann hätte sich die russische Regierung, um den Bankrott zu vermeiden, damals genötigt gesehen, sich mit dem russischen Volke zu arrangieren. Damals haben wir dem russischen Volke seine Revolution versagt, wie Frankreich sie ihm früher versagte. Ich glaube, daß auch jetzt die englische Regierung ihm die Revolution verboten haben würde, wenn dies möglich gewesen wäre.

Bei Besprechung des Eingreifens Amerika sagte Jowett: Amerika erklärte, es verfolge „keinen selbststichtigen Zweck“ und wünsche „keine Eroberungen und keine Kolonien“. Es suche keine materielle Entschädigung für Opfer, die es gerne bringen werde. Die Entente beabsichtigt dagegen nicht, eine solche Erklärung abzugeben. **Daher geht der Krieg weiter, nicht etwa für Belgien oder Frankreich, auch nicht etwa für ein freies Polen oder die Lösung der elsaß-lothringischen Frage, sondern lediglich um die deutschen Kolonien in Afrika zu erwerben und Oesterreich-Ungarn und die Türkei zu zerstückeln, damit die Entente auf Kosten dieser Staaten Eroberungen machen kann.**

Die Giftmischer kommen!

Petersburg, 20. April. (Pet. Tel.-Ag.)

Der Minister des Äußern hat der vorläufigen Regierung die Absicht von Vertretern der englischen Presse mitgeteilt, Rußland im Laufe des Monats Mai einen Besuch abzustatten. Die Regierung hat sich bereit erklärt, die Verwirklichung des Wunsches der englischen Journalisten, sich persönlich von dem Zustande, dem Geiste und der Lage im demokratischen Rußland Kenntnis zu verschaffen, in jeder Weise zu erleichtern.

Scheidemann über die „Demokratie“ der andern.

Berlin, 21. April.

Bei den Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteausschusses erklärte Abg. Scheidemann u. a.: